Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.40 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden die 6gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. bere hnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 518. Halle, Dienstag, den 4. November. 1919.

Verschärfte Streiklage in Berlin.

Beginn des Generalstreiks der Berliner Metallarbeiter. — Bethmann Hollwegs weitere Vernehmung.

Der Kampf in der Metallindustrie.

Berlin, 4. November. (Eigene Drahtnachricht.) Der Verband der Berliner Metallindustriellen hat gestern Abend eine Hauptversammlung abgehalten und beschlossen, auf seinem Standpunkte zu verharren, daß die Wiederaufnahme der Arbeit in den Fabriken auf Grund der am Sonnabend mit den Arbeitervertretern getroffenen Vereinbarung zu erfolgen hat. Damit ist das Ultimatum der Generalversammlung der Vertrauensleute der Metallarbeiter abgelehnt und die Voraussetzung für den Generalstreik in der Metallindustrie gegeben, der heute mittag beginnen soll.

Die weitere Arbeit des Untersuchungsausschusses.

Berlin, 4. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Der provisorische Untersuchungsausschuß setzte heute vormittag die Vernehmung des früheren Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg über die Friedensmöglichkeiten in den Jahren 1916 und 1917 fort. Die Sitzung fand wieder im Saale des Hauptausschusses statt, in dem sich sofort die weiteren Verhandlungen abspielen werden. Unter den Teilnehmern sieht man wieder die Persönlichkeiten, die bisher schon an den Verhandlungen teilgenommen haben. Am Sachverständigentisch fehlt nur Professor Bonn, der nach London zur Teilnahme an der Konferenz zur Bekämpfung der Hungersnot abreiste. Vorsitzender Warmuth eröffnet die Sitzung um ½11 Uhr und vereidigt nachträglich den erst im Laufe der Verhandlungen zugezogenen Sachverständigen Exzellenz von Romberg, den früheren deutschen Gesandten in Bern. Sodann wird die Vernehmung des früheren Reichskanzlers von Bethmann Hollweg fortgesetzt.

Vorsitzender Warmuth: Es handelt sich um die

vollständige Beantwortung der Kernfrage,

aus welchen Gründen das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. November 1916 erfolgte, trotzdem die Friedensaktion Wilsons im Gange war. Unerledigt geblieben aus der letzten Sitzung sind eine Reihe von Punkten, nämlich inwieweit der Rücktritt des amerikanischen Staatssekretärs Bryan Einfluß gehabt hat auf das Verhalten Ew. Exzellenz, dann, ob dem Botschafter Gerard bei seiner Reise nach Amerika im September 1916 die Friedensbedingungen der Mittelmächte mitgeteilt worden sind, sodann ob Baron Burian ständig über die mit Wilson schwebenden Verhandlungen unterrichtet wurde, und warum das deutsche Friedensangebot erfolgte, trotzdem

Wilson für seine Aktion zur Bedingung gemacht

hatte, möglichst wenig über die Friedensvermittlung in Deutschland zu sprechen.

Bethmann Hollweg: Was die erste Frage anbelangt, so ist selbstverständlich der Rücktritt Bryans und zumal unter den politischen Umständen, unter denen er erfolgte, nach jeder Richtung von mir beobachtet worden. Der Eindruck auf mich war

eine Verstärkung der Skepsis,

die sich im Laufe der Verhandlungen Wilson gegenüber bei mir gebildet hatte. Was die Mitgabe konkreter Friedensbedingungen an den Botschafter Gerard anlangt, so habe ich schon in der letzten Sitzung gesagt, daß ich konkrete Friedensbedingungen dem Botschafter Gerard nicht mitgegeben habe. Dazu lag für mich auch gar keine Veranlassung vor. Daß ich meinen häufigen Gesprächen mit Gerard — er besuchte mich beinahe nach jeder Reichstagsrede — im allgemeinen meine Auffassung zu weit gehender Friedensprogramme, die bei uns aufgestellt werden sollten, nicht verhehlt habe, ist klar. Ich glaube nicht, daß der Botschafter Gerard dem, was ich ihm gesagt habe, jemals etwas anderes hat entnehmen können, als daß die Friedensbedingungen, die mir vorschwebten, vollkommen maßvoll waren. Nun die

fortlaufende Orientierung des Barons Burian

über unsere Friedensdemarche in Washington! Selbstverständlich ist bei meinen wiederholten Unterredungen mit Baron Burian und insbesondere mit dem jetzigen österreichisch-ungarischen Botschafter über die Friedensmöglichkeit auch

die Eventualität eines Friedens durch den Präsidenten Wilson

erörtert worden. Daß dem Präsidenten die Rolle des Weltfriedensbringers zugedacht war, war allgemein bekannt. Als Friedensvermittler in dem von mir neulich gekennzeichneten engeren Sinne des Wortes erschien der Präsident dem Baron Burian wegen seiner offensichtlichen Hinneigung zur Entente wenig erwünscht. Ich mußte daher dem österreichisch-ungarischen Staatsmanne hierin zustimmen, habe aber andererseits andauernd in meinen Unterredungen mit ihm stets den Standpunkt vertreten, daß uns, die wir gemeinsam möglichst bald den Frieden wünschten, ein Friedensappell Wilsons nur angenehm sein könnte, was Baron Burian niemals bestritt.

Berichterstatter Abg. Dr. Sinzheimer: Die entscheidende Frage scheint nun die zu sein, ob dem Baron Burian mitgeteilt worden ist, daß Botschafter Graf Bernstorff instruiert worden ist, einen Friedensappell Wilsons herbeizuführen. Mit anderen Worten also, ob in dem Verhältnis zwischen Reichsleitung und Grafen Bernstorff die Absicht unserer Regierung mit dem Ziel der Herbeiführung einer eigenen Friedensaktion bekannt geworden ist.

Bethmann Hollweg: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß unter Bundesgenossen eine solche genaue Orientierung über die Ausführung dessen, was wir anstrebten, nicht gebräuchlich zu sein pflegt. Mir persönlich schien entscheidend zu sein, daß Baron Burian nach unserer Unterredung vollkommen im klaren sein mußte, daß wir, also die deutsche Politik, einen Friedensappell Wilsons wünschten. Das scheint mir für das bundesgenossenschaftliche Verhältnis das Maßgebende zu sein. Oesterreich-Ungarn wußte, Deutschland werde für einen Friedensappell, aber nicht für eine Friedensvermittlung sein.

Ich möchte dann weiter zum nächsten Gegenstand folgendes sagen: Der Herr Vorsitzende hat zum Ausdruck gebracht, ich hätte bei meinem Wunsch auf Wilsons Vermittlung zum Frieden zu kommen doch in wichtigen Punkten Wilsons doch nicht nachgegeben. So hätte ich beispielsweise seinem Wunsche nicht Rechnung getragen, sein Friedensangebot vor dem unsrigen zu verwirklichen, ich habe mit

unserem Friedensangebot dem Präsidenten Wilson zuvorkommen

wollen. Darauf habe ich zu erwidern: Mir kam es darauf an, zum Frieden zu kommen. Welche Gründe mich zu einem eigenen Friedensangebot bestimmt haben, habe ich am Freitag ausgeführt und will ich diesen Grund nicht noch einmal wiederholen. Da der Friedensappell des Präsidenten Wilson bis zu dem Augenblick, wo wir unser Friedensangebot machen wollten, nicht verwirklicht war, so habe ich mich entschlossen, unser Friedensangebot vor seinem Appell herausgehen zu lassen. Der Herr Vorsitzende hat weiter gefragt, warum ich den Wunsch des Präsidenten Wilson mit unseren Bedingungen nicht vor seiner Friedensaktion heraus zu kommen, ignoriert hätte. Darauf habe ich zu antworten: Mit Friedensbedingungen sind wir bei unserem Angebot ja überhaupt nicht herausgekommen. Vielmehr hat es sich bei unserem Friedensangebot nur um die

Erklärung einer allgemeinen Grundlage

gehandelt, auf der wir hätten in Friedensverhandlungen eintreten können. Ich habe erklärt, daß wir unsere Friedensbedingungen erst zu den Verhandlungen mitbringen könnten und daß unser Vorschlag nur darauf gerichtet sein könnte, die Grundlage für Verhandlungen zu schaffen, nämlich die Anerkennung unseres Daseins, unserer Ehre und der Freiheit unserer Entwicklung. Diese Punkte mußten wir uns sichern. Machten wird einmal ein Friedensangebot, dann mußten wir auch zum mindesten die allgemeine Basis andeuten, auf der wir bereit waren, in Verhandlungen einzutreten.

(Bei Schluß der Redaktion dauern die Verhandlungen fort.)

*

Es ist beabsichtigt, am Schluß der heutigen Sitzung die Oeffentlichkeit auszuschließen und eine vertrauliche Sitzung zu halten, in der diejenigen Fragen erörtert werden sollen, die mit Rücksicht auf die bisher nicht eingetroffene Erlaubnis der neutralen Regierungen eine öffentliche Behandlung nicht vertragen.

Das Befinden Haases.

Berlin, 4. November. (Eigene Drahtnachricht.) In dem Befinden des Abg. Hugo Haase ist heute keine nennenswerte Aenderung eingetreten. Entgegen der ersten Annahme ist die Silbereinspritzung ohne den erhofften Erfolg geblieben. Der Zustand des Kranken muß also als sehr ernst bezeichnet werden.

84 Regimenter zur Bewachung der Bergwerke.

Amsterdam, 3. Nov. Die „Times" melden aus Washington, daß die amerikanische Regierung 52 Regimenter Infanterie, 28 Regimenter Feldartillerie, 4 Regimenter Kavallerie und 20 Maschinengewehrbataillone für die Bewachung der Bergwerke zur Verfügung gestellt hat. Es wird auch ein Streik der Eisenbahnarbeiter befürchtet.

Finnland gegen Sowjet-Rußland.

Helsingfors, 3. Nov. General Mannerheim erklärt in einem offenen Brief an Präsident Stahlberg, daß Finnlands Stunde gekommen sei, Petersburg zu nehmen und die Räteherrschaft zu stürzen. Die gesamte Kulturmenschheit richte ihre Blicke auf Finnland und erwarte, daß die junge Nation durch eine mutige Tat die Verschiffung aller Völker gewinne.

Die Streikrevolution in Nordamerika.

Wilson und Gompers.

or. Berlin, den 4. November 1919.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika spielt sich zurzeit ein sozialer Kampf ab, von dessen Ausdehnung und Erbitterung man sich in Europa wohl nicht überall die richtige Vorstellung macht. Die deutsche Revolution, deren Jahrestag wir jetzt erleben, war ein Kinderspiel gegen die Bewegung, mit der die Wilsonsche Regierung sich nun auseinanderzusetzen hat. In den Docks der Hafenstädte fing sie an. Die Werftarbeiter, dann die Ausladen und Trimmer traten in den Ausstand. Die Schiffe, die ausfahren wollten, mußten liegen bleiben. Große Gruppen von Verkehrsangestellten schlossen sich dem Streik an. Seit Wochen liegt z. B. die amerikanische Post für Deutschland fest und kann nicht befördert werden. Am 1. November trat wie auf Verabredung hier der Bergarbeiterstreik hinzu. Eine halbe Million Bergleute streikt bereits, und es läßt sich nicht sagen, ob ihre Absichten auf eine Lohnbewegung oder auf die politische Revolution hinauslaufen. Die Regierung hilft sich durch die üblichen Mittel: Truppenkonzentrationen, Eröffnung von Strafverfahren gegen die Streikführer, Anordnung von Sicherheitshaft. Wilson hat einen Kohlenhöchstpreis festgesetzt und den Kongreß ersucht, das Kohlenverteilungsgesetz für noch sechs Monate nach dem Krieg gültig zu erklären. Aber das sind alles Experimente. Wilson, der erkrankte und schwach gewordene Träger der Veranwortung hat einen persönlichen Todfeind: Samuel Gompers, den Präsidenten der amerikanischen Arbeitervereinigung. Gompers tadelt bereits das Vorgehen der Regierung und droht mit weiteren Sympathiestreiks. Er braucht blos auf den Knopf zu drücken und ganz Nordamerika steht in Streikflammen.

Die jetzigen Ausstände sind keine isolierten Teilstreiks, wie man sie vor dem Weltkriege auch in Amerika fast jedes Jahr erlebte. Sie sind vielmehr die bittere Folge der unglücklichen Kriegspolitik, die Nordamerika trieb. Ein vorzüglicher Kenner der Verhältnisse, der Deutsch-Amerikaner Dr. L. Darmstadter, hat das treffende Wort ausgesprochen: „Nach dem Kriege wird Amerika trotz seiner Munitionslieferungen das unglücklichste und verächtlichste Land der Welt sein. Den Goldkönigen, die sich auf das Kriegsgeschäft warfen, flossen zwar Hunderte und aber Hunderte von Millionen in die Tasche. Aber dabei handelte es sich doch um einen verhältnismäßig nicht sehr großen Kreis von Personen, wie auch die Zahl der Arbeiter, die in der Kriegsindustrie beschäftigt waren, im Verhältnis zur Gesamtzahl der nordamerikanischen Arbeiter nicht sehr bedeutend ist. Andererseits hat die unnatürliche und durchaus ungesunde Entwicklung der Kriegsindustrie einen geradezu verhängnisvollen Einfluß auf den Stand der übrigen Industrien der Union ausgeübt, insofern nämlich, als sie gegenüber den Rohstoffen, die auch ihnen zum Betriebe nötig sind, wie eine Art riesige Saugpumpe gewirkt hat. Die Folge davon war, daß so manche, friedlichen Zwecken dienenden Industrien ihren Betrieb entweder ganz oder teilweise haben einstellen müssen, und daß die Angestellten der Betriebe, die aufrecht erhalten blieben, sich zurückgesetzt und verelendet fühlen. Ganz besonders die Arbeiter mit gleichbleibenden Lohnsätzen gegenüber den gestiegenen Lebensmittelpreisen. Der rabiate Upton Sinclair, von dem man in Europa meist nur den „Sumpf", die wütende Anklage gegen die Fleischkonservenfabriken und allenfalls noch den „Industriebaron" kennt, schrieb die Prophetie „The Industrial Republic". Nur eine kleine Probe daraus: „Zahllose Menschen wurden erschossen und das Volk wird mit Brandstiftung und Dynamit arbeiten. Es wird die Aufgabe des Sozialismus sein, das Proletariat aufzuhetzen und zu organisieren, um dafür zu sorgen, daß das Volk sich über den einzuschlagenden Weg klar ist, wenn die Zeit erfüllt sein wird. Das ganze eiternde Geschwür des Kommerzialismus wird offen vor ihren Augen ausgebreitet liegen. Man wird dem Volk nicht mehr mit großen Namen imponieren können oder ihm mit Respektpersonen bange machen. Man wird es gelehrt haben, die Leiter unserer geschäftlichen Angelegenheiten als überführte Verbrecher anzusehen." Sollte dieser Sinclair den Weltkrieg und dessen Wirkung auf die amerikanische Wirtschaft voraus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191104036/fragment/page=0001

gesunk haben? Und ist jetzt „die Zeit erfüllt", daß der Arbeiter in den Vereinigten Staaten zum furchtbaren Ankläger des Wilsonschen Systems wird?

735 000 streikende Bergleute in Amerika.

New York, 3. Nov. (Havas.) Man schätzt die Zahl der Streikenden in den Kohlenbergwerken auf 735 000 Mann. 100 000 bis 200 000 Grubenarbeiter arbeiten weiter.

Die Forderungen der amerikanischen Bergarbeiter.

Die Forderungen der streikenden amerikanischen Grubenarbeiter sind folgende: Eine 60prozentige Lohnerhöhung, Einführung des Sechsstunden-Tages, anderthalbfache Lohnerhöhung für Ueberstunden, Doppellöhnung für die Feiertage und Beschränkung der Strafen wegen Nichteinhaltung des Arbeitsvertrages.

Wie nach einem Haager Telegramm des „L.-A." die „New York-Times" meldet, wird ein Regierungserlaß veröffentlicht, in dem die Führer der Fachverbände aufgefordert werden, weder schriftlich noch mündlich Befehle zur Unterstützung des Steinkohlenstreiks zu geben. Es wird ihnen weiter befohlen, ihre sämtlichen Befehle bezüglich der Eröffnung des Streikes rückgängig zu machen und weiter keine Handlungen mehr vorzunehmen, die der Förderung des Streikes dienen könnten; weiter wird den Führern verboten, Streikunterstützungen auszuzahlen oder Kassen für die Streikenden zu liefern. Die Vorsteher der Fachvereinigungen werden einer Verschwörung beschuldigt, die die Herabsetzung der Kohlenerzeugung und die Lähmung des Eisenbahnverkehrs zum Ziele hätte, indem den Eisenbahnen die Steinkohle vorenthalten wird. Die Grubenbesitzer in Cleveland haben eine Erklärung abgegeben, der zufolge sie die Vorschläge des Präsidenten Wilson vom 24. Okt vollständig angenommen haben. Sie erklären aber bei ihrer ablehnenden Haltung weiter beharren zu wollen. Als Grund dafür geben sie an, daß jetzt nicht unterhandelt werden könne, da die Arbeiter sich weigern, während der Unterhandlungen den Streik einzustellen. Bemerkenswert ist übrigens, daß in den obigen Forderungen der Bergarbeiter von einer Verstaatlichung der Gruben nicht die Rede ist.

Bayerns trostlose Ernährungslage.

München, 3. Nov. Die Gesamtstaatsregierung erläßt mit den Unterschriften sämtlicher Minister einen Dringlichkeitsappell, zur Stärkung der Staatsautorität und zur Besserung in der Lebensmittelerfassung planmäßige Aufklärungsarbeit zu leisten. Diesem Dringlichkeitsappell ist zu entnehmen, daß die Ernährungslage Bayerns schlecht ist. Das Brotgetreide reicht höchstens bis März 1920. Es fehlen bis jetzt schon über 4 Millionen Doppelzentner Brotgetreide. München und Nürnberg sind mit Brotgetreide nur bis Mitte Dezember 1919 versorgt. Kartoffeln fehlen 9¾ Millionen Zentner. Lediglich die Fettration ist gesichert. Die Beibehaltung der dieszügigen Milch- und Käseration ist zweifelhaft, ebenso steht es mit der Fleischversorgung. Angesichts dieser Lage schlägt der Appell der Staatsregierung drei Wege vor:

1. Große landwirtschaftliche Versammlungen in ganz Bayern abzuhalten, in denen die Bayernführer ungeschminkt die trostlose Lage schildern sollen, damit die Bauern wieder abliefern;
2. Aufklärung durch Wort und Schrift in Versammlungen in allen Bezirken Bayerns;
3. Aufklärungskleinarbeit von Gemeinde zu Gemeinde, von Haus zu Haus unter Beiziehung der Bauernfrauen.

Die Kosten der von den Kreisregierungen zu veranstaltenden Werbe- und Aufklärungsarbeit will das Landwirtschaftsministerium ersetzen. Nur die Kosten in den Bezirken sollen die Kommunalverbände tragen.

Vor neuen Putschen in München?

Berlin, 4. Novbr. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir hören, befürchtet man in den nächsten Tagen in München ernste Konflikte mit der Arbeiterschaft. Es sind bereits Reichswehrverstärkungen nach München beordert.

Belgiens Feindseligkeit gegen Deutschland.

Berlin, 4. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir hören, hat in den letzten Wochen eine Fühlungnahme deutscher Finanzkreise mit Belgien stattgefunden. Es besteht die Ansicht, daß es vorläufig außerordentlich schwer für Deutschland sein wird, zu einem erträglichen Verhältnis mit Belgien zu kommen, da die Stimmung an Feindseligkeit gegen Deutschland nicht nachläßt. Am hervorragendsten hierbei betätigt sich der Klerus.

Wie wir ferner von gutinformierter Berliner Seite erfahren, wird als vorläufiger deutscher Geschäftsträger in Brüssel der Prinz von Hatzfeld in Aussicht genommen der bereits in amtlicher Mission in letzter Zeit wiederholt in Belgien war.

Frankreich und die Zulassung Deutschlands in Washington.

Zu einer Nachricht der „Voss. Ztg.", nach der der amtliche Vertreter Frankreichs den Antrag auf Zulassung der deutschen und österreichischen Delegierten zur Arbeiterkonferenz in Washington gestellt habe, heißt es in der „D. Allgem. Ztg.": Sollte sich die Meldung bewahrheiten, so wäre das gewiß ein erfreuliches Zeichen, das auch mit größter Befriedigung gewertet werden würde. Einstweilen bleibt die Bestätigung der Nachricht abzuwarten.

Ausweisung aller Deutschen aus Elsaß-Lothringen.

Karlsruhe, 3. Nov. Am Freitag ist in München i. B. ein großer Flüchtlingszug aus Elsaß eingetroffen, in dem sich zum ersten Male mehrere 100 Elsässer befanden, welche deutsche Frauen haben und aus diesem Grunde ausgewiesen wurden. Der Generalkommissar Millerand hat mehreren tausend Einwohnern von Straßburg den Befehl erteilt, das Elsaß innerhalb sechs Wochen zu verlassen. Es ist dies die dritte große Ausweisung aus dem Elsaß seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages. Außerdem besteht die Absicht, alle überhaupt noch in Straßburg befindlichen Deutschen bis zum Januar auszuweisen.

Die Beamten in den an Polen abzutretenden Gebieten.

Zu der Blättermeldung, es seien zwischen Vertretern der Eisenbahndirektionen Bromberg und Danzig einerseits und der polnischen Regierung zur Sicherung der Beamten Vorverträge geschlossen worden, wird von zuständiger Stelle gesagt, daß es sich hier nicht um Sonderabmachungen zwischen einzelnen Direktionen und Vertretern der polnischen Regierung handele, sondern um Bestimmungen in dem Vertragsentwurf, die vor der letzten Unterbrechung der deutsch-polnischen Verhandlungen von beiden Parteien beraten worden sind und deren Zustandekommen man nach einer Wiederaufnahme der Verhandlungen erhoffe. Komme der Vertrag zustande, so gelte er nicht nur für Eisenbahnbeamte und für einzelne örtlich abgegrenzte Gegenden, sondern für sämtliche Beamte, die in den abzutretenden Gebieten verbleiben würden.

Eine deutsche Note an die Entente.

Berlin, 4. Nov. Zu dem Verlangen, die von Deutschland in den Jahren 1915 und 1916 rechtsverbindlich an niederländische Schiffahrtsgesellschaften übereigneten deutschen Schiffe jetzt an die Entente auszuliefern, hat die deutsche Regierung in Paris eine Note überreichen lassen, in der es zum Schluß heißt:

Da die deutsche Regierung bei ihrem Verhalten lediglich von dem Gedanken geleitet wird, den Rechten der beteiligten Neutralen die gebührende Rücksicht zu schenken, erklärt sie sich bereit, sich einer auf Grund eines Uebereinkommens zwischen den alliierten und assoziierten Regierungen und der niederländischen Regierung getroffenen schiedsrichterlichen Entscheidung über die nationale Zugehörigkeit der fünf Schiffe und die Gültigkeit der Uebereignung auch dann zu unterwerfen, wenn sie von der hiesigen Stellungnahme abweichen sollte.

Eine wahre Totenstadt.

Ueber die Zustände in gewissen polnischen und rumänischen Gefangenenlagern, über die wir gestern bereits berichteten, wird weiter gemeldet: Dies Lager waren eine wahre Totenstadt. Die Verluste wurden verursacht hauptsächlich durch Ruhr, Typhus und ungenügende Ernährung. Die Ueberlebenden sind in Lumpen gekleidet und ungenügend ernährt. Sie schlafen auf Holzdielen ohne Stroh und Decken. Die Berichte über die rumänischen Lager von Arad, Fundeni und Cegied sind, obwohl sie keine so erschreckende Sterblichkeit aufweisen, ebenfalls sehr betrübend. In Arad befinden sich 780 Ungarn, zumeist Offiziere. Die rumänischen Behörden haben die ungarischen Bewohner der Stadt Arad genötigt, selbst für den Unterhalt der Gefangenen aufzukommen, im Widerspruch zu den internationalen Vereinbarungen, welche die Sorge hierfür den Gefangene haltenden Staaten auferlegen. Der Stadt Arad ist es unmög-

Deutsches Reich.

Schwere Folgen des Saarbrückener Streiks.

Das französische Kriegsgericht in Saarbrücken verurteilte erneut 62 Personen, darunter sehr viele Frauen, die während des letzten Streiks festgenommen worden waren, zu insgesamt 50 Jahren Zuchthaus und 39 Jahren Gefängnis, sowie zu 1825 Franken Geldstrafe; außerdem wurden acht Ausweisungsbefehle erlassen.

Ostseeblockade und Baltikumfrage.

Berlin, 4. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Von gutinformierter Seite erfahren wird, daß der Oberste Rat in Paris sich gegenwärtig mit der Beantwortung der deutschen Note wegen Aufhebung der Ostseeblockade beschäftigt. Einer Aeußerung Pichons zufolge besteht die Entente auf Aufrechterhaltung der Ostseeblockade gegen Deutschland, solange die Räumung des Baltikums nicht beendet ist.

Der Kampf gegen die Schieber.

Im Kampfe gegen das Schiebertum, der vom Reichsverwertungsamt geführt wird, sind von dem Dezernat „Wiedererfassung" bisher schon über 12 000 Einzelfälle von Heeresgutverschiebung verfolgt worden. Die dem Reich durch das Vorgehen des Amtes gerettete Summe beläuft sich bereits auf rund 150 Millionen Mark

Ausland.

Entschließungen des österreichischen sozialdemokratischen Parteitages.

Wien, 3. Nov. Der sozialdemokratische Parteitag beendete heute seine Beratungen. Einstimmig wurde eine von Friedrich Adler beantragte Entschließung angenommen, in der die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei zur Internationale umschrieben wird. Unter Warnung vor übereilten Schritten auf internationalem Gebiete wird der Parteivorstand ermächtigt, den Genfer Kongreß zu beschicken.

Der Parteitag nahm ferner eine Sympathiekundgebung für das vom Imperialismus bedrängte Sowjet-Rußland an, sowie eine Kundgebung gegen die Ausschreitungen des „weißen Terrors" in Ungarn und für die Befreiung der Kriegsgefangenen.

Die Londoner Konferenz.

Berlin, 4. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) **Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, erweckt die Zusammenkunft in London zwischen englischen, deutschen und österreichischen Internationalisten in England und Amerika größtes Interesse. Wie verlautet, hat Wilson die Konferenz gebeten, ihm Bericht zu erstatten über die praktischen Ergebnisse der Besprechung. Ferner hält man es in England für selbstverständlich, daß die englische Regierung an der Konferenz stark interessiert ist.**

Provinzial-Nachrichten.

Volkszählung in Sachsen und Thüringen.

Im Freistaate Sachsen rechnet man mit einem Bevölkerungszuwachs von 250 000 Bewohnern. Gezählt wurden in Leipzig 604 110 (1910 613 040), Chemnitz 302 870 (325 000), Meißen 37 500 (39 707), Zittau 33 057 (35 912), Zwickau 70 526 (73 542), Glauchau 22 973 (21 652), Pirna 19 006 (19 523), Auerbach 18 994 (19 363), Auerbach 13 853 (15 585), Hohenstein-Ernstthal 15 632 (15 021), Radeberg 12 923 (13 413). Für die Thüringer Städte ist das Ergebnis folgendes: Erfurt 123 724 (1910 : 111 463), Gera 73 641 (49 276), Jena 48 569 (38 437), Eisenach 43 166 (37 161), Gotha 40 056 (39 531), Weimar 37 352 (34 581), Mühlhausen 33 435 (31 102), Coburg 23 693 (23 791), Greiz 19 943, Arnstadt 19 662, Meiningen 16 442, Sonneberg 15 273, Saalfeld 14 997, Suhl 14 500, Pößneck 12 272, Rudolstadt 12 130, Zeulenroda 12 021, Eisenberg 10 417, Schmalkalden 9553, Heiligenstadt 8468, Weida 8402, Ruhla 7663, Rudersgausen 7591, Waltersgausen 7349, Neustadt a. O. 6648, Kayla 5970, Schleiz 5479, Salzungen

Zum Eingreifen der technischen Nothilfe

auf Grube Leopold bei Bitterfeld.

Man schreibt uns: Die unabhängige Presse versucht das Eingreifen der technischen Nothilfe bei dem Streik auf Grube Leopold bei Bitterfeld als einen Mißgriff der technischen Nothilfe darzustellen, indem sie behauptet, die technische Hilfe habe sich zur Aufrechterhaltung eines komplizierten Betriebes nicht nur gänzlich unfähig erwiesen, sondern sogar allerlei Schäden im Betriebe angerichtet.

Diese Darstellung ist unwahr. Die technische Nothilfe leistete sich hier Arbeit in jeder Hinsicht zu wagen. Die Stromlieferung der Zentrale konnte kurz nach dem Eingreifen der Nothilfe wieder in Gang gebracht werden. Auch konnte der Betrieb ohne jede Störung sofort wieder aufgenommen werden, sobald die Grubenbelegschaft wieder zur Arbeit angetreten war und insofern, als die volle, für das Kesselhaus erforderliche Kohlenmenge wieder zur Verfügung stand.

Es wird ferner in der Presse sowohl als auch in Versammlungen die in ihrem agitatorischen Zweck vollkommen durchsichtige Verleumdung aufgestellt, die Werksleitung habe den Strom der Zentrale selbst ausgeschaltet, um einen Anlaß zur Herbeirufung des Militärs zu gewinnen und unter der Bevölkerung gegen die Arbeiter Stimmung zu machen.

Die Wahrheit ist, daß der Belegschaftsrat durch gewaltsame Verhinderung der Bedienungsmannschaften in ihrem Dienst derart tätlich geht, daß in kurzer Zeit die Dampfspannung von der Normalhöhe von 12 Atmosphären auf 3 Atmosphären heruntersank, was naturgemäß den Stillstand der Zentrale zur Folge hatte.

Büschdorf, 3. November. (Zum Gemeindevorsteher) ist Herr Hausbesitzer Bach gewählt und bestätigt worden. — Nach der letzten Zählung hat unser Ort 1080 Einwohner, 440 männliche, 640 weibliche.

Mühlberg a. E., 4. Nov. (Volkszählung. — Kirchenjubiläum.) Die ortsangehörige Bevölkerung bestand am 8. Oktober in 3381 Personen, und zwar 1559 männlichen und 1821 weiblichen; außerdem kommen noch 72 vorübergehend Anwesende in Betracht. Gegen 1910 ist ein Zuwachs von 100 Einwohnern zu verzeichnen, der erheblich größer wäre, wenn die Wohnungsnot den Zuzug den auswärts nicht verteilte. — Das 700jährige Bestehen der hiesigen Klosterkirche wurde am Sonntag durch einen stark besuchten Festgottesdienst, der durch ein wohlgelungenes Kirchenkonzert unter Mitwirkung des Kammersängers Hans-Leipzig besonders verschönt wurde, begangen. Die Festpredigt hielt der Superintendent Lic. Dr. Rauch, nachdem er die Glückwünsche des Konsistoriums in Magdeburg verlesen hatte. Ein zahlreich besuchter Familienabend, in dem ein äußerst interessanter Vortrag des Rektors Schmidt-Mühlberg über die Geschichte des hiesigen Klosters geboten wurde, umrahmt und unterbrochen von Klaviervorträgen des Lehrers Paetzer und Gesängen des Herrn Pinks, beschloß das Fest.

Schwedel, 4 Nov. (Der Mörder der Frau Rainer) hat jetzt nach hartnäckigem Leugnen die furchtbare Tat eingestanden. Es handelt sich um den seinerzeit festgenommenen Polen Stanislaus Radolak. Der mutmaßliche Komplize, der bis Senega mit der Bahn gefahren war, konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Halle und Umgebung.

Halle, den 4. November 1919.

Sieben schwere Einbruchsdiebstähle in einem halben Monat.

Strafkammer.

In der Zeit von Mitte Juli bis Anfang August verübten der 19jährige Arbeiter Kurt Deparade, der 19jährige Arbeiter Walter Schumann, der 18 Jahre alte Bauunternehmer Albert Ackermann und der 25jährige Arbeiter Otto Jakob sieben schwere Einbruchsdiebstähle, bei denen ihnen große Mengen von Wäsche und Kleidern in die Hände fielen. In allen sieben Fällen war es der Angeklagte Deparade, der die Tat ausführte, während seine Genossen Schmiere standen. Die Sache kam gestern vor der Strafkammer zur Verhandlung. Noch den einzelnen Taten nach hatte Luise Jakob und Wilhelm Jäger wegen Hehlerei angeklagt, da sie von Deparade Geldgegenstände angenommen hatten.

Am 15. Juli wurde der erste Diebstahl bei einer Frau Richter verübt. D. erbrach die Türfüllung und gelangte so in die Wohnung; er erbeutete 7000 Mark Papiergeld, 500 Mark in Goldstücken und 100 Mark in Silber. A. und S., die unten Schmiere gestanden hatten, erhielten 300 und 500 Mark von dem Raube. Die Verbrecher feierten nun in kurzen Zwischenräumen aufeinander. Am 17. Juli brachen die Spitzbuben während der Mittagspause in dem Geschäft des Kaufmanns Grupe ein, dem sie für ungefähr 9000 Mark Bargeld und 5000 Mark in Kriegsanleihen stahlen. Am 23. Juli verübten sie einen Einbruch in dem Schokoladengeschäft von Frau Prüß, Geiststraße, der wiederum einen schönen Dämmer, eine Brillantnadel, eine Ledermappe und 25 Pfd. Schokolade zur Beute fielen. Bereits am 25. Juli unternahmen die Angeklagten einen neuen Einbruch bei der Witwe Kling; hier stahlen sie für 3000 Mark Schmuchsachen. Auch in der Kleinen Ulrichstraße brachen sie ein, ohne jedoch größere Beute zu machen. D. führte noch einen Diebstahl ohne seine Genossen aus, bei dem er ebenfalls Schmuchsachen stahl. Den größten Erfolg hatten die Einbrecher bei Frau Hecker, Anterstraße. Hier gelangten sie in den Besitz einer Kassette mit 38 000 Mark Inhalt und einer Anzahl Schmuckes nützlich. Das Geld konnte jedoch fast restlos den Dieben wieder abgenommen werden.

Das Gericht sprach den Angeklagten Deparade des Diebstahls in sieben Fällen, Schumann und Ackermann in 6 Fällen und Jakob in 4 Fällen schuldig. Luise Jakob und Jäger waren der Hehlerei schuldig befunden. Das Urteil lautete für D. auf eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren 6 Monaten, für Sch. und A. auf 1 Jahr und 9 Monate Gefängnis, für Otto Jakob auf 1 Jahr 6 Monate, für Luise Jakob 2 Monate und für Jäger 2 Monate Gefängnis.

Die Berufsberatung der Ostern 1920 die Schule verlassenden männlichen und weiblichen Jugend ist durch das städt. Arbeitsamt wieder aufgenommen. Eltern, Vormünder, Schüler und Schülerinnen finden Rat in allen Berufsfragen und Lehrstellenvermittlung in den Nachmittagsstunden von 3–6 Uhr Salzgrafenstraße 21.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191104036/fragment/page=0002